

TTIP: USA sollen EU-Gesetze mitbestimmen dürfen

In Europa haben Millionen Menschen gegen das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP unterschrieben. Alleine in Österreich hat die „Kronen Zeitung“ 600.000 Unterschriften für ein Ende der Verhandlungen zum Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA gesammelt. Die verhandelnden Parteien scheint das aber nicht zu kümmern.

Wie heute bekannt wurde, soll es nun sogar ein Mitspracherecht der USA bei Gesetzen in europäischen Staaten geben. Bevor unsere gewählten Abgeordneten also ein Gesetz im Parlament beschließen können, müssen sie dieses den Amerikanern vorlegen. So könnten Standards und Regeln vorab abgestimmt werden, heißt es. Im Verhandlungspapier steht laut Medienberichten zwar geschrieben, dass ein Nein seitens der USA keine rechtlichen Konsequenzen hätte, doch die US-Verhandler geben sich damit zufrieden.

„Mit einer Vorlagepflicht von Gesetzen an die USA würde die EU endgültig am Gängelband der Amerikaner hängen“, zeigt sich FPÖ-Landesparteiobmann Manfred Haimbuchner empört. Die FPÖ fordert jetzt die Veröffentlichung der Verhandlungsprotokolle, die bislang im Geheimen ausgetauscht wurden. „Die Bürger Europas haben ein Recht darauf zu wissen, welche brandgefährlichen Punkte in ihrem Namen verhandelt werden“, stellt Haimbuchner klar.

ZITAT

Stünde ich wieder am Anfang, würde ich wieder handeln wie ich handelte, auch wenn ich wüßte, daß am Ende ein Scheiterhaufen für meinen Flammentod brennt. Gleichgültig was Menschen tun, dereinst stehe ich vor dem Richterstuhl des Ewigen. Ihm werde ich mich verantworten, und ich weiß, er spricht mich frei.

Rudolf Heß, nationalsozialistischer Politiker

ZUM NACHDENKEN über das, was christliche Politik in Verbindung mit amerikanischer Herrschaftspolitik bis heute angerichtet hat:

Als US-Präsident Wilson 1917 die USA in den Ersten Weltkrieg führte, da betete der US-Kongreß gemeinsam:

„Allmächtiger Gott - Unser Himmlischer Vater!... Du weißt, o Herr, daß wir in einem Kampf auf Leben und Tod stehen gegen eine der schändlichsten, gemeinsten, habsüchtigsten und sündhaftesten Nationen, die jemals die Geschichtsbücher geschändet hat. ... Wir bitten Dich, entblöße Deinen mächtigen Arm und schlage das graue Pack dieser hungrigen wölfischen Hunnen zurück, von deren Fängen Blut und Schleim tropfen. Wir bitten Dich, laß die Sterne auf ihren Bahnen und die Winde und Wogen gegen sie kämpfen.

Und Dich preisen wir immerdar - durch Jesus Christus. Amen.“

Arbeitslosigkeit, Krise, Budgetloch? Geh wo, wir kümmern uns lieber ums Gendern, stimmt´s, Frau Minister?

Statt sich ureigensten Aufgaben der Politik zu stellen, beschäftigt sich der Staat mit Dingen, die ihn nichts angehen. Dadurch höhlt er das Subsidiaritätsprinzip aus.

Noch selten klaffte der Graben zwischen den realen Problemen und den Hausaufgaben, mit denen sich die Politik eigentlich beschäftigen müsste, tiefer als in den vergangenen Monaten. Für SPÖ und Grüne scheint sich alles nur noch um die Themen Gender, Ampelpärchen und Song Contest zu drehen. Eine totale Themenverfehlung.

Johann Gottlieb Fichte: „Ob es uns wieder wohlgehen soll, dies hängt ganz allein von uns ab, und es wird sicherlich nie wieder irgendein Wohlsein an uns kommen, wenn wir nicht selbst es uns verschaffen: und insbesondere, wenn nicht jeder einzelne unter uns in seiner Weise tut und wirkt, als ob er allein sei und als ob lediglich auf ihm das Heil der künftigen Geschlechter beruhe.“

„Personenschutz“ für Kinder in Traiskirchen

Neuer Zündstoff für das „Pulverfaß“ Traiskirchen! Wie berichtet, müssen Schüler jetzt von Pädagogen in den Hort gebracht werden. „Die Kinder trauen sich nicht mehr, alleine durch die vielen herumlungernenden Asylwerber zu gehen“, schlagen Eltern Alarm. Und eine Entschärfung des Problems ist noch nicht in Sicht..

In was für einer irren Welt leben wir eigentlich? Diese Frage stellen sich Eltern in Traiskirchen schon lange. Doch so schlimm wie derzeit war es noch nie. „Man traut sich ja kaum mehr aus dem Haus! Überall kommen einem Gruppen von Männern aus dem Flüchtlingslager entgegen, die weder ausweichen noch sonst Rücksicht nehmen“, so die Kritik.

Daß die Asylanten dabei ungeniert Häuser und Kinder mit ihren Handys fotografieren, brachte das Faß zum Überlaufen: Die Kinder werden nun von der Volksschule abgeholt und in den Hort gebracht. Eine betroffene Mutter: „Das ist ein Armutszeugnis für unsere Stadt!“ Die Causa ist natürlich auch ein Politikum. Nach Kritik - auch von Bürgermeister Andreas Babler - hat Landeschef Erwin Pröll den zuständigen Landesrat Maurice Androsch nun mit der „dringenden Entspannung der Situation“ beauftragt.

Thomas H. Lauber, Kronen Zeitung

Das „Deutsche Haus“ in Prag

In Prag wurde ein historisch bedeutsames Gebäude an eine russische Investorengruppe verkauft: Das „Deutsche Haus“ - so hieß es vor 1945 mit der prominenten Adresse „Am Graben 1“. Es war das Zentrum des Prager deutschen Kulturlebens. Das Gebäude mit 22.000 Quadratmetern wurde nach der Vertreibung der Deutschen in „Slawisches Haus“ umbenannt und dient heute als Büro- und Geschäftshaus für Konzerne wie Nike oder Bloomberg. Über die Vorgeschichte wurde geschwiegen.

Die Geschichte eines KZ-Friedhofes, der keiner war

Nach 1945 hatte der amerikanische Kommandant von Landsberg dem dortigen Landrat befohlen, bei Staffersberg-Süd einen Friedhof anzulegen. Auf diesem Gelände waren nach Angaben der Entnazifizierer zahlreiche Opfer des Lagers Dachau form- und pietätlos wie Hunde verscharrt worden. Der Landrat beeilte sich zu gehorchen. So entstand eine weihevollte Begräbnisstätte. Man zog eine Mauer. Man pflanzte Tannen. Man setzte einen Granitblock, auf dem die Worte standen: „Hier ruhen die Opfer des KZ-Lagers XI-S Landsberg“. Unter dem Davidstern wurden die Worte eingemeißelt: „Euer Sterbekissen - Harter Stein. Mag' die Erde weicher Pfuhl euch sein“. Des Öfteren wurde in der Lokal- und

Provinzpresse beklagt, daß zu dem etwas entlegenen Friedhof so wenig Teilnehmende pilgerten.

Nun geschah es, daß vor dem Totengedenkfest 1957 eine französische Kommission in Landsberg erschien, die den Auftrag hatte, die Toten und Vermißten auszugraben, die auf diesem Friedhof liegen sollten. Man wollte die Gebeine der Opfer des KZ-Lagers Dachau in ihre französische Heimat überführen. Und man fing an zu graben. Man grub und grub, erst an der Oberfläche und dann tiefer und tiefer. Aber kein Toter fand sich, keine Spur von Gebein war zu entdecken. Der ganze sogenannte Friedhof erwies sich als ein aufgelegter Schwindel.

Bestürzt und ratlos wandte sich die französische Kommission an die zuständige bayerische Verwaltung der Staatlichen Schlösser, Gärten und Seen. Diese wiederum funkte zum Landsberger Landratsamt zurück, das immer noch gemäß der amerikanischen Order die „Grabanlagen“ baulich und gärtnerisch betreute. Das Landratsamt zog sich beschämt zurück und gab, allerdings nicht ohne der Blamage zu entgehen, die heimliche Anweisung, den „Friedhof“ Staffersberg-Süd verschwinden zu lassen.

Wir aber stellen im Interesse des gegenwärtigen und geschichtlichen Ansehens der deutschen Nation die bescheidene Frage: Wie viel „Friedhöfe“ dieser und ähnlicher Art gibt es sonst noch auf deutschem Boden.

ZITAT

Politik, das ist die Freistatt, wo Verbrechen, die sonst Gefängnis oder Tod zur unvermeidlichen Folge hätten, wo Verrätereien, die sonst zu flammender Empörung aufriefen, wo Lügen, die sonst im allgemeinen Hohngelächter untergingen, nicht nur von diesen sonst natürlichen Konsequenzen bewahrt zu bleiben pflegen, sondern wo all diese Verbrechen, Verrätereien und Lügen als durchaus natürliche, wenn nicht gar rühmenswürdige Bestätigungen der menschlichen Natur angesehen werden.

Arthur Schnitzler

ZITAT

Es mag fünfzig Jahre dauern, bis politische Mißgriffe offenkundig werden und ihre letzten Konsequenzen tragen, aber schließlich legt die Geschichte Rechnung für jeden Fehler vor, und sie ist peinlicher dabei als unsere preußische Oberrechnungskammer.

Otto Fürst von Bismarck

ZITAT

Die Berühmtheit mancher Zeitgenossen hängt mit der Blödheit ihrer Bewunderer zusammen.

Dr. Heiner Geißler, deutscher Bundesminister, CDU

SPÖ-Minister Hundstorfer ignoriert Steuererhöhungen für Konsumenten

Der Konsumentenschutz ist für Sozialminister Rudolf Hundstorfer (SPÖ) offensichtlich ein „Null-Thema“. Das beweist der rote Ressortchef wieder einmal in einer Anfragebeantwortung an FPÖ-Konsumentenschutzsprecher Peter Wurm. Der Tiroler FPÖ-Abgeordnete wollte von Hundstorfer wissen, wie dieser zur künftigen Mehrwertsteuererhöhung von 10 auf 13 Prozent auf Hotelübernachtungen, Eintritts-Tickets, Taxis oder Blumen steht. Diese verteuern Dienstleistungen und Waren für Konsumenten erheblich. Für den roten Minister ist das allerdings kein Problem. So schreibt der SPÖ-Minister.

„Schimmel-Antworten“ bei Konsumentenschutzthemen

Daß in Hundstorfers Ministerium offensichtlich bereits Bunker-Stimmung „Marke DDR“ herrscht, beweist diese Anfragebeantwortung auch in einer anderen Art und Weise. Denn obwohl die Anfrage bereits am 7. Mai 2015 vom Minister offensichtlich abgefertigt worden ist, leitete man sie erst am 21. Mai 2015 ans Parlament weiter. Und das, obwohl man sich für den Steuer- und Gebührendruck der öffentlichen Hand laut Anfragebeantwortung ohnehin nicht zuständig fühlt.

Offenbar produziert man im roten Ministerium nur mehr „Schimmel-Antworten“ ohne tatsächliche politische Substanz. Eine ähnliche Vorgangsweise legten Hundstorfer und seine Roten etwa auch bei der Reform der Pendlervverordnung an den Tag, die sie trotz Kritik der Arbeiterkammer nicht ändern wollen.

26.000 langzeitbeschäftigungslose Ausländer belasten den Sozialstaat Österreich

Daß die Zuwanderung in den österreichischen Sozialstaat Realität ist, kann Sozialminister Rudolf Hundstorfer (SPÖ) nicht mehr verschleiern. In einer Anfragebeantwortung an die freiheitliche Nationalratsabgeordnete Dagmar Belakowitsch-Jenewein mußte er die Karten auf den Tisch legen: Von den langzeitbeschäftigungslosen Arbeitnehmern in Österreich, deren Anzahl im März 2015 107.256 Personen betrug, waren 25.808 und somit ein knappes Viertel ausländische Staatsbürger.

Als langzeitarbeitsbeschäftigungslos gelten Personen, die länger als 365 Tage ohne Beschäftigung waren. Dazu zählen etwa auch Schulungsteilnehmer, Lehrstellensuchende oder Personen, deren Arbeitsfähigkeit erst ermittelt werden muß. Dabei erweist sich vor allem der Wiener Arbeitsmarkt als Faß ohne Boden. Fast 15.000 der mehr als 25.800 ausländischen Langzeitarbeitslosen sind in Wien zu Hause.

Ausländische Langzeitarbeitslose vor allem

Minderqualifizierte

Die vom AMS via Bundesminister Hundstorfer dem Parlament übermittelten Zahlen belegen aber auch noch

eine zweite Tatsache: Die ausländischen Langzeitbeschäftigungslosen, die dem österreichischen Steuerzahler auf der Tasche liegen, sind zu einem großen Teil minderqualifiziert. So haben beispielsweise 19.514 von ihnen maximal eine Pflichtschulausbildung vorzuweisen.

Daß die ungehinderte Zuwanderung in den österreichischen Arbeitsmarkt und in den Sozialstaat zu einem echten Problem geworden ist, erkennen inzwischen auch ein paar von Hundstorfers Genossen in der SPÖ. So zeigte etwa der rote Arbeiterkammer-Direktor Werner Muhm dieses Problem jüngst in einem Interview auf, indem er unter anderem sagte, daß die Arbeitslosigkeit in Österreich „zu einem beträchtlichen Ausmaß importiert“ sei.

Armut in Deutschland

Auch 25 Jahre nach dem Mauerfall existiert laut Deutsche Welle immer noch ein Ost-West-Gefälle bei dem Bevölkerungsanteil unter der Armutsgrenze.

Dramatischer ist jedoch das Stadt-Land-Gefälle. Laut einer aktuellen Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) verringern sich die Unterschiede bei der Einkommensarmut zwischen Ost und West, wenn man die unterschiedlichen Preise berücksichtigt. Somit ist die Lage in einigen westdeutschen Städten noch dramatischer.

Asylanten schröpfen die Gemeindekasse

Im Kanton Zürich steht eine kleine Gemeinde am Rand der Pleite.

Grund: Eine achtköpfige Asylantenfamilie aus Eritrea.

Kosten pro Jahr: 655.000 Euro.

Das entspricht 30% der Steuereinnahmen der Gemeinde. Das Geld muß unter anderem für Miete, Heimkosten, sozialpädagogische Betreuung, tägliche Taxifahrten und Lebenshaltungskosten aufgebracht werden. Die Familie wird von Sozialarbeitern an 25 Tagen des Monats sechs Stunden täglich betreut. Das Maßnahmenpaket wurde von der zuständigen Kantonsbehörde beauftragt. Um ihre anderen Aufgaben erfüllen zu können, will die Gemeinde nun die Steuern erhöhen.

ZITAT

Wenn ich etwas in der Politik verabscheue, dann den Typ des Aals, der sich vor lauter Geschmeidigkeit am liebsten selbst in sein Hinterteil beißen würde.

Margaret Hilda Thatcher

Bankkredite: Mit 75 ist „Schluß“

In Österreich testeten Konsumentenschützer die Bereitschaft der Banken, auch an ältere Personen noch einen Kredit zu vergeben. Das Ergebnis dürfte auch für die deutsche Bankenlandschaft repräsentativ sein.

Die ältere Testperson konnte auf eine Nettopension von immerhin 2.000 € monatlich verweisen, eine längst abgezahlte Eigentumswohnung und eine noch laufende Lebensversicherung mit einem aktuellen Rückkaufwert von rund 20.000 Euro. Gewünscht war ein Kredit über 30.000 € um die Wohnung nunmehr altersgerecht umzubauen.

Bei den meisten Kreditinstituten stieß die Testperson nicht gerade auf offene Türen. Fast unisono wurde ihr angedeutet, daß bis zum 75. Geburtstag alle Schulden abgetragen sein sollten. Wer als beispielsweise 65-jähriger „Pensionär“ den altersgerechten Umbau der Wohnung oder des Hauses plant, sollte dieses Vorhaben mithin nicht auf die allzu lange Bank schieben.

Manöver mit „peinlichem“ Ausgang

Bei einem NATO-Manöver vor Floridas Küste kam es zu einem für die US-Kräfte peinlichen Zwischenfall. Bei einer gemeinsamen Übung mit dem erst kürzlich modernisierten US-Flugzeugträger „USS Theodore Roosevelt“ sollte das französische U-Boot „Saphir“ ein feindliches Schiff darstellen und dabei die „Roosevelt“ mit ihrem Begleittrupp auffinden, angreifen und nach Möglichkeiten zerstören.

Dies gelang dem französischen U-Boot hervorragend, wobei nicht nur die „Roosevelt“ fiktiv zerstört wurde, sondern gleich auch noch die Mehrzahl ihrer Begleitfahrzeuge. Eigentlich sollte diese Übung als Test und Nachweis für die nach der Modernisierung der „Roosevelt“ verbreitete These dienen, daß dieses Schiff kaum mehr angreifbar sei...

Kurz zu Flüchtlingen: „Diese Menschen werden unser Land nicht mehr verlassen“

Außen- und Integrationsminister Sebastian Kurz (ÖVP) versetzt die Österreicher nach seinem unüberlegten Sager („Der durchschnittliche Zuwanderer von heute ist gebildeter als der durchschnittliche Österreicher“) in Angst und Schrecken. In einem Standard-Interview zu den Flüchtlingen befragt, meinte Kurz: „Was wir wissen müssen ist, daß diese Menschen allesamt unser Land nicht mehr verlassen werden.“ Damit sagt der erste Politiker das, was sich die Bevölkerung schon lange zusammenreimt: Abgeschoben wird keiner, alle - auch wenn es sich um Wirtschaftsflüchtlinge und nicht um Verfolgte aus Bürgerkriegen handelt - dürfen den Sozialstaat Österreich ihre Heimat nennen.

Islam mit europäischer Prägung

Dem nicht genug, sieht es Kurz auch als seine Aufgabe, einen Islam mit europäischer Prägung zu schaffen. „Einen Islam im Einklang mit unseren Werten und Gesetzen“, so wünscht es sich Kurz. Ein naives Vorhaben eines ewigen Studenten. Denn die rund 570.000 Muslime, welche derzeit schon in Österreich leben, werden sich das von einem Herrn Kurz nicht aufoktroyieren lassen. Sie werden versuchen, die Regeln ihrer Religion in die westliche Welt hineinzutragen.

Apropos naiv: Kurz wundert sich in diesem Standard-Interview darüber, daß Österreich vor 20 Jahren 90.000 Bosnier ohne Probleme in ganz Österreich verteilt hat, es heute aber Widerstand gebe, wenn man afrikanische Flüchtlinge unterbringen möchte. Herrn Kurz ins Stammbuch geschrieben: Damals handelte es sich um wirkliche Kriegsflüchtlinge die Schutz suchten. Und da haben die Österreicher auch gerne geholfen. Jetzt kommen Massen von Wirtschaftsflüchtlingen nach Österreich, meist muslimische junge Männer, und die Bürger fragen sich, warum nur junge Männer aus den Kriegsgebieten flüchten, aber keine Frauen.

Lesen Sie auch **KOMMENTARE ZUM ZEITGESCHEHEN**

Probeexemplare der KOMMENTARE erhalten Sie unter der Adresse:

A 1171 Wien, Postfach 543. Helfen Sie uns bei der Verbreitung unserer Zeitungen und Flugschriften!

Wiener Beobachter, Folge 253 - Herausgeber: AFP, Arbeitskreise W, NÖ, B.

Medieninhaber: Manfred Hubral, alle einschließlich Redaktion: Krauseg. 14, 1110 Wien;

Hersteller: Probst-Print, A 2483 Ebreichsdorf

e-Post: wienbeobachter@mail.ru, Internetz: www.volksherrschaft.info

Blattlinie: Der **Wiener Beobachter** tritt für die Verwirklichung der Grund- und

Freiheitsrechte aller Völker ein. - P.b.b. * Vertragsnummer: GZ 02Z031542M * Erscheinungsort: Wien *

Verlagspostamt: 1170 Wien